

Liebe Friedensinteressierte,

nachfolgend einige Informationen zu den
Kriegen in der Ukraine und in Westasien -
sowie zur Militarisierung in Deutschland:

- 1. F.A.Z.: Ukraine: Außenminister Kuleba reicht Rücktritt ein**
- 2. Merkur: Nach F-16-Desaster: Selenskyj setzt ukrainischen Luftwaffen-Chef ab**
- 3. NZZ: Polens Regierungschef Donald Tusk fordert von Berlin Schweigen statt Aufklärung im Fall Nord Stream**
- 4. Focus: Selenskyjs „Siegesplan“ - Ukraine will Gebiete in Kursk so lange halten, bis Putin verhandelt**
- 5. F.A.Z.: Treffen in Peking: Mützenich spricht mit Außenminister Chinas über Ukraine**
- 6. Frieden-Verhandeln: Ukraine-Krieg stoppen - Frieden verhandeln**
- 7. Haaretz: Großbritannien setzt einige Waffenverkäufe an Israel wegen „eindeutiger Gefahr“ eines Verstoßes gegen internationales Recht in Gaza aus**
- 8. AlJazeera: Israelische Streitkräfte nutzen „kriegsähnliche“ Taktiken im besetzten Westjordanland: UN**
- 9. FES: Wolfgang Richter: Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland
Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit**
- 10. DRK: Das deutsche Gesundheitssystem auf bewaffnete Konflikte vorbereiten**
- 11. Friedenskooperative: Friedens-Aktionen zum Mitmachen**

- 1. F.A.Z.: Ukraine: Außenminister Kuleba reicht Rücktritt ein**

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/ukraine-liveticker-ukraine-aussenminister-kuleba-reicht-ruecktritt-ein-faz-19030454.html>

Ukraine-Liveblog :

Ukraine: Außenminister Kuleba reicht Rücktritt ein

04.09.2024, 07:23

In einer großen Regierungsumbildung in der Ukraine muss nun auch Außenminister Dmytro Kuleba gehen. Der 43 Jahre alte Karrierediplomat hatte das Außenministerium 2020 noch vor dem russischen Angriffskrieg übernommen.

Parlamentspräsident Ruslan Stefantschuk veröffentlichte auf seiner Facebook-Seite ein Foto von Kulebas handschriftlicher Bitte um Entlassung aus der Regierung, meldete die dpa. Das Rücktrittsgesuch werde in einer der nächsten Parlamentssitzungen beraten, kündigte der Parlamentschef über die Plattform an.

Kulebas Antrag reiht sich ein in zahlreiche Rücktrittserklärungen seit Dienstag, die ebenfalls auf Stefantschuks Facebook-Seite veröffentlicht wurden. So erklärten der für Rüstungsindustrie zuständige Olexander Kamyschin, Denys Maljuska (Justiz) und Ruslan Strilez (Umwelt) ihr Ausscheiden aus der Regierung. Auch der für Privatisierungen zuständige Chef des Fonds für Staatseigentum, Witalij Kowal, will demnach aus dem Amt scheiden.

Weitere Rücktrittsgesuche gab es von den Vizeregierungschefinnen Olha Stefanischyna und Iryna Wereschtschuk. Wereschtschuk ist für Flüchtlingsfragen, Stefanischyna für die europäische Integration der Ukraine verantwortlich. Sie soll dem Vernehmen nach aber einen anderen Posten in der Regierung bekommen.

Präsident Wolodymyr Selenskyj hatte im Juli einen Umbau der Regierung angekündigt. Ziel sei es, die Regierungsarbeit unter der Last des Krieges effektiver zu machen, sagte er. Bereits jetzt werden fünf

Ministerien durch geschäftsführende Minister geleitet.

Der Fraktionschef der Präsidentenpartei „Diener des Volkes“, David Arachamija, kündigte weitere Änderungen im Kabinett an. Demnach wird es Neubesetzungen in mehr als der Hälfte aller Ministerien geben. Die endgültige Liste werde am heutigen Mittwoch auf einer Fraktionssitzung bekanntgegeben.

4.9.2024 07:41 Uhr

Theresa Weiß

Das Vorgehen des Westens forciert dem russischen Präsidialamt zufolge eine Änderung seiner Atomwaffendoktrin. Russland werde vom sogenannten Westen vor Herausforderungen und Bedrohungen gestellt, die eine Überarbeitung der Doktrin erfordere, zitierten russische Nachrichtenagenturen Präsidialamtssprecher Dmitri Peskow am Mittwoch.

Dabei werde in Betracht gezogen, dass die Ukraine bei ihren Angriffen tief in russisches Territorium hinein US-Langstreckenwaffen einsetzen könnte.

Die Regierung in Kiew drängt die USA seit einiger Zeit, ihr zu erlauben, mit den von den Verbündeten an die Ukraine gelieferten Waffen auch Ziele weit im Inneren Russlands anzugreifen. „Es ist offensichtlich, dass die Ukrainer dies tun werden“, sagte Peskow der Agentur RIA zufolge.

Russland hat bereits angekündigt, die Atomwaffendoktrin anzupassen, aber bislang keine Details genannt. Die Leitlinie sieht den Einsatz von Atomwaffen vor, falls Russlands Souveränität oder seine territoriale Integrität bedroht werden.

2. Merkur: Nach F-16-Desaster: Selenskyj setzt ukrainischen Luftwaffen-Chef ab

<https://www.merkur.de/politik/nach-16-desaster-selenskyj-setzt-ukrainischen-luftwaffen-chef-ab-zr-93273201.html>

Nach F-16-Desaster:

Selenskyj setzt ukrainischen Luftwaffen-Chef ab

Stand: 04.09.2024, 04:59 Uhr

Von: Nail Akkoyun

Kiew – Nach dem Verlust des ersten F-16-Kampffjets im Ukraine-Krieg wird die Führung der ukrainischen Luftwaffe neu aufgestellt. Der bisherige Kommandeur, Mykola Oleschtschuk, wurde von Präsident Wolodymyr Selenskyj entlassen.

Obwohl keine offizielle Begründung für die Entlassung gegeben wurde, liegt der Schluss nahe, dass sie mit dem Verlust des kostbaren westlichen Flugzeugs und seines Piloten zusammenhängt. Als interimistischer Kommandeur wurde Anatolij Krywonoschk ernannt, wie der Generalstab mitteilte.

3. NZZ: Polens Regierungschef Donald Tusk fordert von Berlin Schweigen statt Aufklärung im Fall Nord Stream

<https://www.nzz.ch/international/tusk-fordert-von-berlin-schweigen-statt-aufklaerung-im-fall-nord-stream-ld.1844283>

**Polens Regierungschef Donald Tusk fordert von Berlin Schweigen
statt Aufklärung im Fall Nord Stream**

Hat Polen im Zusammenhang mit der Sprengung der Pipelines die Ermittlungen behindert? Regierungschef und Präsident halten sich bedeckt.

Paul Flückiger, Danzig 18.08.2024, 17.32 Uhr

In Polen haben sich am Wochenende die liberale Regierung und der konservative Präsidentenpalast in seltener Einmütigkeit gegen deutsche Kritik an der angeblich mangelnden Ermittlungshilfe im Falle der Sabotage der Nord-Stream-Pipelines gestemmt.

Drei der vier Pipelineröhren zwischen Russland und Deutschland waren Ende September 2022 von einer bisher unbekanntem Täterschaft auf dem Ostseegrund gesprengt worden.

Doch laut den jüngsten Aussagen des früheren deutschen Geheimdienstchefs August Hanning sollen Warschau und Kiew bei dem Anschlag zusammengearbeitet haben. Sowohl Polen wie die Ukraine haben dies immer wieder bestritten.

Während Dänemark und Schweden die Ermittlungen inzwischen eingestellt haben, waren in Deutschland bald drei Taucher aus der Ukraine ins Fadenkreuz der Ermittler geraten.

Gegen einen von ihnen hatte die deutsche Generalbundesanwaltschaft, wie erst am Mittwoch bekannt wurde, offenbar Mitte Juni einen internationalen Haftbefehl erwirkt und diesen an Polen übermittelt.

Die polnische Polizei hätte den vermutlich in Pruszkow bei Warschau wohnhaften Mann innerhalb von 60 Tagen ohne weitere Prüfung festnehmen sollen.

Doch Wolodymyr Z. ist inzwischen untergetaucht, wobei in Berlin offenbar vermutet wird, dass er unbehelligt in die Ukraine ausgereist ist.

Warschau machte für die mutmassliche Ausreise des Ukrainers in seine Heimat Ende Woche einen fehlenden Eintrag der deutschen Strafverfolger ins Schengen-Register verantwortlich.

4. Focus: Selenskyjs „Siegesplan“

Ukraine will Gebiete in Kursk so lange halten, bis Putin verhandelt

https://www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/um-friedensverhandlungen-zu-erzwingen-selenskyj-will-weiterhin-an-gebieten-in-kursk-festhalten_id_260281877.html

Selenskyjs „Siegesplan“

Ukraine will Gebiete in Kursk so lange halten, bis Putin verhandelt

Mittwoch, 04.09.2024, 09:33

Die Ukraine will ihre eroberten Gebiete in der Kursk-Region weiter halten, um Putin zu Verhandlungen zu zwingen. Präsident Selenskyj bezeichnet die Kontrolle der Territorien als Teil seines „Siegesplans“.

Die Ukraine wird die in der Kursk-Region eroberten Gebiete nicht abtreten, bis der russische Präsident Wladimir Putin an den Verhandlungstisch gezwungen wird. Das sagte Präsident Wolodymyr Selenskyj in einem Interview mit „NBC News“.

Selenskyj betonte, dass das Festhalten an den Territorien ein wesentlicher Bestandteil seines „Siegesplans“ sei, um den Krieg zu beenden. „Für den Moment brauchen wir sie“, sagte er über die von der Ukraine kontrollierte Gebiete.

Fortschritte in der Kursk-Region

Seit Anfang August führt die Ukraine eine Offensive in der Kursk-Region durch. Laut „RBC“ berichtete Generalstabschef Oleksandr Syrskyi kürzlich, dass die ukrainischen Truppen weitere zwei Kilometer in der Region vorgerückt sind und inzwischen mehr als 100 Siedlungen kontrollieren.

Die Kursk-Operation wird von der ukrainischen Führung als eine der „Maßnahmen zur Beendigung des Krieges“ betrachtet, auch in Hinblick auf den zweiten Friedensgipfel der Ukraine. Die ukrainischen Streitkräfte haben mittlerweile über 1290 Quadratkilometer unter

Kontrolle und mehr als 600 russische Soldaten gefangen genommen.

Diplomatischer Druck und wirtschaftliche Aspekte

Weitere Bestandteile des „Siegplans“ umfassen laut dem „Kyiv Independent“ Druck auf Russland, den Krieg diplomatisch zu beenden, sowie wirtschaftliche Maßnahmen. Allerdings gab Selenskyj keine näheren Details dazu bekannt. Auch ließ er offen, ob seine Truppen beabsichtigen, noch mehr russisches Territorium zu erobern.

Die Ukraine will ihre eroberten Gebiete in der Kursk-Region weiter halten, um Putin zu Verhandlungen zu zwingen. Präsident Selenskyj bezeichnet die Kontrolle der Territorien als Teil seines „Siegplans“.

Die Ukraine will ihre eroberten Gebiete in der Kursk-Region weiter halten, um Putin zu Verhandlungen zu zwingen. Präsident Selenskyj bezeichnet die Kontrolle der Territorien als Teil seines „Siegplans“.

— —

5. F.A.Z.: Treffen in Peking : Mützenich spricht mit Außenminister Chinas über Ukraine

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/muetzenich-spricht-mit-aussenminister-chinas-ueber-ukraine-19945790.html>

Treffen in Peking :

Mützenich spricht mit Außenminister Chinas über Ukraine

Von [Jochen Stahnke](#), Peking

27.08.2024, 16:57

In China wird der SPD-Fraktionsvorsitzende ranghoch empfangen. Danach äußert er abermals die deutsche Hoffnung, Peking möge sich stärker für ein Ende des Kriegs einsetzen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich ist am Dienstag in Peking vom chinesischen Außenminister Wang Yi in der Großen Halle des Volkes empfangen worden. (...)

6. Frieden-Verhandeln: Ukraine-Krieg stoppen - Frieden verhandeln

<http://www.frieden-verhandeln.de/>

Ukraine-Krieg stoppen - Frieden verhandeln

Appelliere jetzt an Bundeskanzler Scholz und fordere ihn mit einer Postkarte (die wir für dich abschicken) auf, sich mit aller Kraft für Friedensverhandlungen im Ukraine-Krieg einzusetzen.

Ebenso kannst du eine Postkarte an Präsident Putin schreiben, um ein Ende des Krieges zu fordern.

Der Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine hat seit dem 24. Februar 2022 zu zahlreichen Toten, Verletzten und Millionen Geflüchteten geführt.

Weiteres Blutvergießen oder gar eine Ausweitung des Krieges bis hin zum Atomkrieg kann nur durch Verhandlungen und einen Waffenstillstand gestoppt werden. Werde jetzt aktiv!

7. Haaretz: Großbritannien setzt einige Waffenverkäufe an Israel wegen „eindeutiger Gefahr“ eines Verstoßes gegen internationales Recht in Gaza aus

<https://www.haaretz.com/israel-news/2024-09-02/ty-article/u-k-suspends-some-arms-sales-to-israel-citing-clear-risk-of-intl-law-breach-in-gaza/00000191-b38e-dc3b-a7df-f3def2160000>
[Haaretz](#) | [Israel News](#)

U.K. Suspends Some Arms Sales to Israel, Citing 'Clear Risk' of Breach of Int'l Law in Gaza

in deutscher Übersetzung:

Großbritannien setzt einige Waffenverkäufe an Israel wegen „eindeutiger Gefahr“ eines Verstoßes gegen internationales Recht in Gaza aus

Die britische Regierung hat beschlossen, mehrere Waffenlieferungen an Israel aufgrund des anhaltenden Krieges in Gaza und der Besorgnis über eine weit verbreitete Schädigung der Zivilbevölkerung auszusetzen.

Außenminister David Lammy erklärte, es bestehe ein „klares Risiko“, dass einige Güter dazu verwendet werden könnten, „eine schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts zu begehen oder zu erleichtern“.

Er teilte den Gesetzgebern mit, dass die Entscheidung etwa 30 der 350 Ausfuhrgenehmigungen für Ausrüstungsgegenstände betreffe, die „für den aktuellen Konflikt in Gaza bestimmt sind“, darunter Teile für Militärflugzeuge und Drohnen sowie Gegenstände, die für Bodenziele verwendet werden.

Er betonte, dass dies „keine Feststellung von Unschuld oder Schuld“ sei, ob Israel gegen internationales Recht verstoßen habe, und stellte klar, dass es sich nicht um ein Waffenembargo handele.

Israels Außenminister Israel Katz sagte daraufhin, Israel sei „enttäuscht“ über die Entscheidung und fügte hinzu, dass „ein solcher Schritt Großbritanniens eine sehr problematische Botschaft an die Terrororganisation Hamas und ihre Sponsoren im Iran sendet“.

Lammy wies darauf hin, dass Systeme im Zusammenhang mit dem F35-Flugzeug, das Israel einen erheblichen militärischen Vorteil gegenüber regionalen Staaten verschafft, nicht betroffen sind. Andere Systeme im Zusammenhang mit Kampfjets, Hubschraubern und Bodenoperationen im Gazastreifen werden jedoch von dieser Entscheidung betroffen sein.

Dies ist eine der schwerwiegendsten Maßnahmen, die eine westliche Regierung seit Beginn des Gaza-Krieges ergriffen hat, und könnte andere Länder dazu veranlassen, ähnliche Maßnahmen zu ergreifen.

Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs kam für Israel nicht überraschend. Seit dem Amtsantritt der Labour-Regierung in

Großbritannien vor etwa zwei Monaten gab es in den israelischen Außen- und Verteidigungsministerien auf der Grundlage von Gesprächen mit britischen Beamten weit verbreitete Spekulationen, dass die neue Regierung in London einige Beschränkungen für Waffenverkäufe an Israel auferlegen würde.

Im Laufe der Jahre hat Großbritannien Israel mit mehr als 300 Waffentypen beliefert. Trotz dieser Entscheidung versicherte Lammy, dass die allgemeine Sicherheit Israels nicht gefährdet sei.

Britische Firmen verkaufen eine relativ geringe Menge an Waffen und Komponenten an Israel. Anfang dieses Jahres berichtete die Regierung, dass sich die Militärexporte nach Israel im Jahr 2022 auf 42 Millionen Pfund (53 Millionen Dollar) beliefen.

In den letzten Monaten gab es einen klaren Trend, dass Länder, die als unterstützend gelten, Beschränkungen für Waffenexporte nach Israel verhängen. Die Regierung Biden hat die Lieferung schwerer Bomben wochenlang eingefroren, weil sie befürchtete, dass Israel sie bei der Bodenoffensive in Rafah einsetzen und damit der Zivilbevölkerung erheblichen Schaden zufügen könnte.

Außerdem schränkte Frankreich die Aktivitäten israelischer Unternehmen auf einer großen Waffenmesse im Lande ein. Die britische Entscheidung ist jedoch die bisher umfassendste und bedeutendste Maßnahme einer westlichen Regierung in dieser Frage.

siehe auch:

<https://www.spiegel.de/ausland/gazakrieg-grossbritannien-schraenkt-waffenverkaeufe-an-israel-ein-a-deac2f5e-c617-49d7-9800-fea6dbb3589b>

Gazakrieg Großbritannien schränkt Waffenexporte nach Israel ein

London stoppt 30 von rund 350 Lizenzen für den Rüstungsexport nach Israel. Die Regierung befürchtet, mit den Waffen einen »schweren Verstoß« gegen das Menschenrecht zu erleichtern, wie sie sagt. Israel reagiert enttäuscht.

02.09.2024, 21.01 Uhr (...)

8. AlJazeera: Israelische Streitkräfte nutzen „kriegsähnliche“ Taktiken im besetzten Westjordanland: UN

<https://www.aljazeera.com/news/2024/9/4/israeli-forces-using-war-like-tactics-in-occupied-west-bank-ocha>

News

Israel-palästinensischer Konflikt

Israelische Streitkräfte nutzen „kriegsähnliche“ Taktiken im besetzten Westjordanland: UN

Die humanitäre Organisation der Vereinten Nationen sagt, dass Dutzende von Menschen in der vergangenen Woche bei israelischen Angriffen getötet wurden, einschließlich Luftangriffen.

4. Sep 2024

Israelische Streitkräfte verwenden „tödliche kriegsähnliche Taktiken“ im besetzten Westjordanland, so die humanitäre Agentur der Vereinten Nationen.

Das Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) sagte in einer Erklärung am Mittwoch, dass israelische Angriffe in der vergangenen Woche mehr als zwei Dutzend Menschen getötet haben, darunter auch Kinder.

Die anhaltenden Razzien, die sich hauptsächlich auf die Flüchtlingslager Tulkarem und Jenin konzentrierten, stellen Israels größten Angriff auf das besetzte Gebiet seit der zweiten Intifada Anfang der 2000er Jahre dar.

siehe auch:

<https://news.un.org/en/story/2024/08/1153656>

West Bank strikes:

UN rights office condemns Israeli military escalation

By Daniel Johnson

28 August 2024

9. FES: Wolfgang Richter: Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland

Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit

<https://library.fes.de/pdf-files/bueros/wien/21371.pdf>

Stationierung von U.S. Mittelstreckenraketen in Deutschland

Konzeptioneller Hintergrund und Folgen für die europäische Sicherheit

Wolfgang Richter

Juli 2024

(...)

Der Beitrag endet mit den Sätzen:

Die Stationierungsentscheidung ohne paralleles Dialogangebot reduziert signifikant die Aussichten, die Rüstungskontrolle in Europa und weltweit wiederzubeleben und einen globalen und regionalen Rüstungswettlauf zu verhindern.

Dies steht im Widerspruch zu den Zielen der Nationalen Sicherheitsstrategie der Bundesregierung.

Die erwartbare russische Gegenstationierung nuklearfähiger Raketen wird Deutschland einer erhöhten Gefährdung aussetzen.

Die absehbare Eskalation der Spannungen mit Russland wird die Sicherheitslage Deutschlands verändern und das atomare Risiko für Deutschland im Konfliktfall gravierend erhöhen.

Dass eine Entscheidung von solcher Tragweite für die Sicherheit Deutschlands als exekutiver Akt mitgeteilt wird, ohne sie im Vorfeld im Deutschen Bundestag und in der deutschen Öffentlichkeit ausführlich zu diskutieren, ist ebenfalls befremdlich.

Denn sie erschließt sich nicht aus der Nationalen Sicherheitsstrategie von 2022.

Die Verschärfung der Konfrontation in Europa und die Erhöhung des atomaren Risikos Deutschlands verlangen eine breite und inklusive nationale Diskussion.

—

10. DRK: Das deutsche Gesundheitssystem auf bewaffnete Konflikte vorbereiten

https://drk-wohlfahrt.de/fileadmin/DRK-Wohlfahrt.de/04-Aktuelles/Veroeffentlichungen/Brennpunkt/2024.04_Brennpunkt_Gesundheitssystem_auf_militaeris

Brennpunkt

Nr. 04/2024

Das deutsche Gesundheitssystem auf bewaffnete Konflikte vorbereiten

Im März 2024 hat Bundesgesundheitsminister Lauterbach öffentlichkeitswirksam angekündigt, das deutsche Gesundheitssystem für einen bewaffneten Konflikt vorbereiten zu wollen. Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) hat eine besondere Rolle:

Als freiwillige Hilfsgesellschaft der deutschen Behörden im humanitären Bereich und Nationale Gesellschaft der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung in Deutschland ist es in einem bewaffneten Konflikt zur mitwirkenden Unterstützung des Sanitätsdienstes der Bundeswehr rechtlich verpflichtet.

(...)

Zivil-militärische Zusammenarbeit

Das DRK hat eine besondere Rolle in bewaffneten Konflikten. Gemäß der im DRK-Gesetz im § 2 formulierten Aufgaben, unterstützt das DRK den mit rund 20.000 Stellen ausgestatteten Sanitätsdienst der Bundeswehr.

Diese Unterstützung könnte in ihrer konkreten Umsetzung z.B. bedeuten, dass Mitglieder des DRK mit medizinisch-pflegerischer Qualifikation (u.a. Rotkreuzschwestern des Verbandes der Schwesternschaften vom DRK) zur Substitution der abgezogenen Soldatinnen und Soldaten des Sanitätsdienstes in Bundeswehrkrankenhäusern oder auch im Transport von Verwundeten eingesetzt werden.

Diese Inanspruchnahme führt dazu, dass dieses Fachpersonal bei der Versorgung der Zivilbevölkerung nicht zur Verfügung steht. Die Aufgaben des DRK können sich in diesem Zusammenhang und aufgrund der auxiliären Rolle ggf. auch auf den sogenannten Host Nation Support (HNS) – also die Unterstützung ausländischer Streitkräfte im

Bündnisfall – ausweiten. (...)

Gesundheitliche Versorgung grundsätzlich nicht gewährleistet

(...) Allein neun Krankenhäuser in Trägerschaft des DRK sind derzeit in einem Insolvenzverfahren – neun Krankenhäuser, die in einem bewaffneten Konflikt eine besondere Bedeutung hätten.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass der Sanitätsdienst zusätzlich zur weltweiten Versorgung der deutschen Streitkräfte fünf Bundeswehrkrankenhäuser (Koblenz, Hamburg, Berlin, Ulm und Westerstede) in Deutschland betreibt.

Die Kliniken der Bundeswehrkrankenhäuser behandeln neben Bundeswehangehörigen auch zivile Patientinnen und Patienten und sind fester Bestandteil der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung (Teil des jeweiligen Landesbettenplans).

Zu berücksichtigen ist, dass die Bundeswehr in Konfliktsituationen (insbesondere Landes-/Bündnisverteidigung) das militärische Sanitätspersonal zum Großteil aus den Bundeswehrkrankenhäusern abziehen müsste, um die einsatznahen Rettungsketten aufrecht zu erhalten. Hier würde in den fünf Häusern somit ein umfangreiches Versorgungsdelta entstehen, das durch Dritte – wie dem DRK – geschlossen werden müsste. (...)

Verlegungen, Transporte und die Betreuung vulnerabler Gruppen

Durch den bewaffneten Konflikt in der Ukraine bestehen bereits erste Erfahrungen – sie zeigen jedoch, dass noch viel zu tun ist, um ein größeres militärisches Szenario und seine Folgen für die Versorgung von physisch und psychisch Traumatisierten in Deutschland bewältigen zu können. (...)

Für den Transport einer zu erwartenden, größeren Anzahl von Verwundeten innerhalb und außerhalb Deutschlands sind derzeit kaum ungebundene Fahrzeugkapazitäten vorhanden. Auch im Bereich der Sanitätsmittelbevorratung für Konfliktsituationen gibt es nur überschaubare Reserven – dies muss zwingend mit entsprechenden Ressourcen hinterlegt werden. (...)

Blutprodukte vorhalten

Die Sicherstellung einer kontinuierlichen Blutversorgung in einem bewaffneten Konflikt ist von großer Bedeutung. (...) Da die allgemeine Spendenbereitschaft der Bevölkerung in Krisenzeiten erfahrungsgemäß erhöht ist, ist nicht mit einem akuten Mangel an Spenderinnen und Spendern zu rechnen. Nichtsdestotrotz sind logistische Herausforderungen zu erwarten und müssen rechtzeitig angegangen werden.

Vorbereitung der Bevölkerung

(...) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hatte die finanziellen Mittel für die Jahre 2023 bis 2026 beim Bundesministerium der Finanzen (BMF) angemeldet. Eine Bewilligung der beantragten Mittel fand jedoch nicht statt. (...) Reanimationskurse für Schülerinnen und Schüler sollten z.B. verpflichtenden Eingang in die Lehrpläne finden. (...)

Fazit: Große Anstrengungen sind nötig

Die Ausführungen zeigen, dass die Herstellung von Handlungsfähigkeit im Falle eines bewaffneten Konflikts nur mit einer Kraftanstrengung möglich ist, die dringend anzugehen ist. (...)

René Burfeindt und Dr. Joß Steinke unter Mitarbeit zahlreicher Kolleginnen und Kollegen

DRK-Generalsekretariat

Berlin, den 26. August 2024

11. Friedenskooperative: Friedens-Aktionen zum Mitmachen

<https://www.friedenskooperative.de/>

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes

Clemens Ronnefeldt
Referent für Friedensfragen beim deutschen
Zweig des internationalen Versöhnungsbundes
A.-v.-Humboldt-Weg 8a
85354 Freising

Tel.: 08161-547015

Fax: 08161-547016

C.Ronnefeldt@t-online.de
www.versoehnungsbund.de

Spendenkonto für die Arbeit des
Versöhnungsbund-Friedensreferates:

Kontoinhaber: Versöhnungsbund e.V.

IBAN DE40 4306 0967 0033 6655 00

Stichwort: Friedensreferat/C. Ronnefeldt